

Attentate sind brutale, schockierende und dramatische Ereignisse physischer Gewalt, meist der (versuchte) Mord an einer bestimmten Person, wie etwa die Ermordung Caesars (44 v. Chr.) oder John F. Kennedys (1963), des Papstes Bonifaz VIII. (1303) oder Mahatma Gandhis (1948). Hier interessiert nicht vorrangig die kriminelle Tat, sondern die Dimension *politischer Gewalt* in gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen. Politische Gewalt zeigte sich historisch in einem außerordentlich breiten Spektrum, zum einen in staatlicher Gewalt gegen die Untertanen und in zwischenstaatlichen Kriegen, zum anderen in Bürgerkriegen und anderen Formen des Machtkampfes zwischen rivalisierenden Gruppen, zum Beispiel Putsch oder Staatsstreich. Soziale und politische Bewegungen setzen vereinzelte Gewaltakte frei, entwickeln möglicherweise Strategien des Terrorismus, oder gehen in umfassende revolutionäre Prozesse über, deren Umwälzung gesellschaftlicher Strukturen von einer Vielfalt von Gewaltereignissen begleitet wird.

Wie verhält sich das Attentat als spezifisches Einzelereignis zu solchen Pathologien der Politik (Carl J. Friedrich)? Das typische Attentat wird in der Regel von einem Täter an einer bestimmten Person begangen, manchmal auch von Tätergruppen (Geheimbund, Verschwörung), und auch Opfer können als Gruppen betroffen sein. Bestimmte Formen wie Bombenanschläge entgrenzen die Opfergruppe zu einer zufälligen Anzahl unbeteiligter Opfer. Ein Attentat zielt meistens auf Personen mit bekannter Identität, oft eine symbolisch herausgehobene Figur des politischen Systems oder einer sozialen Gemeinschaft. Die klassisch-einfache Konstellation richtet sich gegen den despotischen Herrscher, den Diktator, der die Herrschaftsstruktur verkörpert (die mit ihm beseitigt werden soll), oder gegen eine Herrschaftsgruppe, die ein politisch-gesellschaftliches Machtssystem repräsentiert. Diese Konturen verschwimmen, wenn Gewaltakte sich diffus gegen größere Bevölkerungsteile und Unbeteiligte richten. Die herrschaftsbezogene Asymmetrie von «unten» nach «oben» kehrt sich vollends um, wenn nicht Herrschaftsträger im Visier sind, sondern Symbolfiguren neuer Gruppen und Repräsentanten von Emanzipationsansprüchen und Reformbewegungen. Entsprechend komplex stellt sich demnach die Frage nach der Zielrichtung von Attentaten.

Von der Täterseite her kann man zwischen *isolierten* und *integralen* Attentaten unterscheiden. Einzelne Täter müssen nicht als isolierte Einzelgänger aus ausschließlich eigenem Antrieb handeln. Viele Attentäter sind vielmehr organisatorisch und/oder ideologisch in größere Gruppierungen eingebunden und begeben ihre Gewalttat in deren Ziel- und Motivationshorizont. Von integralen Attentaten im vollen Sinne werden sich Zwischenformen mit loserer Bindung unterscheiden. Vieles spricht dafür, dass die isolierte Einzeltat relativ selten, lose gebundene und integrale Attentate hingegen viel häufiger begangen werden.

Auch wenn Attentate im historischen Rückblick erschreckend häufig stattfinden, bilden sie dennoch einen Grenzfall politischer Aktion. Damit kommen viele Zufallsmomente ins Spiel, die Erklärungen erschweren. Während sich beim isolierten Täter besonders viele Zufälligkeiten wie Persönlichkeitsstruktur, Motive, Tatsituation oder Erfolgsbedingungen häufen, bietet die Frage nach der gesellschaftlich-politischen Einbindung der Tat und der Täter, dem Kontext spezifischer Konfliktstrukturen und allgemeinen Tendenzen politischer Gewalt in der jeweiligen Konfliktodynamik wenigstens gewisse Ansatzpunkte der Interpretation.

Dennoch bleibt ein schwer überschaubares Spektrum möglicher Konstellationen gezielter Gewaltakte, die Verallgemeinerungen erschweren. Deshalb muss der Blick über einzelne Attentatsereignisse¹ und politische Morde² hinaus erweitert werden auf die Geschichte und Soziologie sozialer Massenbewegungen und politischer Gewalt³ sowie den Bereich des «Terrorismus», mit dem sich Attentate stark überschneiden.⁴ Zu fragen wäre unter anderem nach der Entstehung bestimmter Konfliktmuster, der Verschränkung gesellschaftlicher und politischer Machtstrukturen ineinander und der Rolle von Gewalt in einer Konfliktformation. Motive und explizierte oder latente *Rechtfertigungen* spezifischer Gewaltformen sind ebenso relevant wie das Spektrum politischer *Strategien* und Strategiekonflikte auf beiden Seiten einer Konfliktfront. Einen weiteren Aspekt bilden die *Ziele* von Attentaten, zum Beispiel primär die Beseitigung der angegriffenen Person, eine Drohung gegen größere Herrschaftsgruppen, eine Machtdemonstration für die breite Öffentlichkeit oder Signale oder Führungsansprüche innerhalb der eigenen politischen Bewegung. Schließlich wären Verlauf und weiterreichende *Folgen* politischer Gewalt und ihrer spezifischen Ausprägungen zu bedenken. Hier können nur zwei übergreifende Aspekte herausgegriffen werden: Grundmuster von Legitimitätskonflikten und Konfliktformationen mit besonderem Potential politischer Gewalt.

Legitimitätskonflikt

Den Hintergrund bilden zwei grundsätzliche Legitimationstypen: ein hierarchisches Herrschaftsmodell und ein Modell der Wahllegitimation auf Zeit.⁵ In der klassischen Konstellation des Attentats wurde das hierarchische Herrschaftsmodell durch Unterdrückung und Willkür pervertiert und provozierte die legitime Beseitigung des Herrschers: Tyrannis und Tyrannenmord der griechischen Antike. Auch die römische Republik mit ihrer wechselnden aristokratischen Ämterbesetzung (Konsuln, Tribunen und anderen) kannte Herrschaftsusurpation als tödlichen Legitimitätskonflikt, wie bei Caesar. Im dominanten Monarchiemodell der europäischen Entwicklung konnten Könige, ob auf kriegerische Macht, Königswahl oder Erblichkeit gestützt, dem Tyrannisverdacht und gewalttätiger Auflehnung anheimfallen, wenn sie ihre Herrschaftsaufgaben grob verletzten. Ein darauf bezogenes «Widerstandsrecht» ragte zum Teil noch in die Epoche des Souveränitätsanspruchs der neuzeitlich-absolutistischen Monarchie und in die Umbrüche des 19. Jahrhunderts hinein.⁶

Das monarchisch-hierarchische Herrschafts- und Legitimitätsmodell wurde seit der französischen Revolution durch die Prinzipien der modernen Volksherrschaft grundsätzlich in Frage gestellt. Fortbestehende autokratische Ordnungen, wie etwa das russische Zarentum, kamen, zumal angesichts desolater Lebensbe-

dingungen weiter Bevölkerungskreise, unter Legitimationsdruck und Gewaltkonfrontation.⁷ Gingen solche älteren Autokratien in Europa auch überwiegend während des Ersten Weltkriegs unter, wurden bald neue Diktaturen errichtet wie der Sowjetkommunismus, der italienische Faschismus, der deutsche Nationalsozialismus oder die Regime Francisco Francos, António de Salazars und anderer, die noch mehr als früher oppositionelle Gewaltaktionen rechtfertigten, wenngleich mit geringeren Erfolgchancen.

Die französische Revolution markiert die Zeitenwende zum modernen Wahlmodell, in dem Herrschaftspositionen durch Wahlen (auf Zeit) vergeben und Amtsinhaber durch Zeitablauf automatisch entfernt werden. Damit verlor der Rückgriff auf politische Gewalt, zumal auf Tötung von Regierenden, seine wesentliche Rechtfertigung. Dass er auch praktisch weniger relevant werden sollte, hat sich freilich empirisch nur zum Teil bestätigt. Die Transformation der Legitimationsgrundlagen während der französischen Revolution selbst vollzog sich allerdings ambivalent, nämlich nach neu gesetzten Regeln und im Rückgriff auf latente und offene Gewalt, die ebenfalls Merkmale der Usurpation trug und auch vor den Revolutionären selbst nicht Halt machte, wie die inneren Machtkämpfe und die Guillotine zeigten.

Die Konsequenzen aus der teils revolutionären, teils reformerischen Entwicklung zum liberal-konstitutionellen Repräsentativsystem des 19. Jahrhunderts in den Ländern Europas wurden in der Regel erst mit der Demokratisierung des Wahlrechts am Ende des ersten Weltkriegs gezogen. Der Durchbruch zur demokratischen Mehrheitsregierung (meist: ab 1919) aktivierte zum Beispiel in Deutschland reaktionäre Gegengewalt, die in der Form des Kapp-Putsches (März 1920), der Ermordung von Kurt Eisner (1919), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (1919), Matthias Erzberger (1921), Walter Rathenau (1922) und schließlich dem versuchten Hitler-Putsch an der Münchner Feldherrnhalle (1923) das Rad zurückzudrehen versuchte. Die NS-Diktatur seit 1933 (wie zuvor in Italien) zererschlug dann in der Tat die demokratische Volkssouveränität. Die beiden gescheiterten Attentate des Einzelgängers Georg Elser (1938) und die Verschwörung des 20. Juli 1944 konnten diese Tyrannis nicht beseitigen, sondern erst die militärische Niederwerfung von außen.

Am frühesten und nachhaltigsten hatten die USA mit ihrer Verfassung von 1787 eine neue republikanische Legitimität konstruiert. Das Wahlmodell und damit das Amtsende durch Zeitablauf hat politische Attentate zahlenmäßig wohl begrenzt, aber nicht beseitigt, besonders nicht bei großen Verfassungskonflikten. Spektakuläre Attentate richteten sich gegen die Präsidenten Andrew Jackson (1835), der die Demokratisierung des Wahlrechts vorantrieb, und vor allem Abraham Lincoln (1865) als Repräsentanten der Nord- gegen die Südstaaten im Bürgerkrieg um die Sklavenbefreiung.⁸ Die letztlich noch nicht aufgeklärten Morde an John F. Kennedy (1963) und seinem Bruder Robert Kennedy (1968) lassen sich allerdings nicht sicher aus vergleichbaren inneren Konfliktstrukturen oder möglichen internationalen Dimensionen erklären.

Trotz dieser amerikanischen Erfahrungen wird man insgesamt resümieren können, dass das Wahlmodell und sein Kontext politischer Kultur in konsolidierten Demokratien Attentaten weithin den Boden entzogen hat.

Konfliktstrukturen

Diese Strukturentwicklungen von Legitimitätskonflikten bilden den Hintergrund für eine Vielzahl gesellschaftlicher Konfliktmuster (*Cleavages*) mit verschiedensten Formen politischer Polarisierung und politischer Gewalt. Nur die wichtigsten seien hier erwähnt:

Besonders langwierig und heftig wurden *Religionskonflikte* ausgetragen. Frühen Kämpfen zwischen verschiedenen Religionen wie Christentum und Islam und innerchristlichen Konflikten im Mittelalter folgten die Konfessionskämpfe um die Reformation zwischen und innerhalb der Staaten. Konfessioneller Fanatismus führte zum Beispiel zum Blutbad der Bartholomäusnacht (1572), der Ermordung von Henri IV (1610) und zahlreichen anderen weltlichen Potentaten, begleitet von theoretischen Rechtfertigungen des Tyrannenmordes gegen «ungerechte Herrscher» in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in beiden Lagern des Konfessionsstreits (Monarchomachen). Diese Konflikte mündeten schließlich im Dreißigjährigen Krieg und dem Westfälischen Frieden von 1648.

Eine zweite große Konfliktlinie entstammt der sozialen Polarisierung des industriellen Kapitalismus, die vor allem im 19. Jahrhundert zahlreiche *soziale Protest- und Revolutionsbewegungen* mit verschiedenartigen Strategien hervorbrachte.⁹ Zum Teil schlossen sie Gewaltstrategien, Terrorismus und Aufstandsversuche mit ein, auch einzelne Mordtaten und ihre Rechtfertigung, wenngleich kollektive Gewaltformen dominierten. Teile des Anarchismus wollten die Utopie einer gewaltfreien Gesellschaft auch auf gewaltförmigen Wegen erreichen. Vor allem die russischen Sozialrevolutionäre hatten terroristische Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg und in den revolutionären Umbrüchen nach Kriegsende erreichten diese proletarischen Umsturzbewegungen ihre Höhepunkte. Verschiedene Gewaltformen hingen hier besonders eng zusammen und lassen sich kaum mehr auseinander halten.

Eine dritte Konfliktlinie speist sich aus *nationalen Identitäts- und Selbstständigkeitsbestrebungen* gegenüber Vielvölker-Staaten im Verlauf des 19. Jahrhunderts und zum Teil bis in die heutige Zeit. Im Falle Irland versus Großbritannien entwickelte sich trotz aller ökonomisch-sozialen Dimensionen die nationale Befreiung zum dominanten Konfliktmerkmal, verbunden mit einer langen Kultur der Untergrundgewalt, die im Nordirlandkonflikt fortwirkte. Gegenüber der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn erhoben sich in Oberitalien, dem Balkan und weiteren östlichen Gebieten nationale Selbstbestimmungsbewegungen, in deren Kontext etwa das Attentat von Sarajewo 1914 gehörte; viele dieser Konflikte wurden dann im Ersten Weltkrieg militarisiert und endeten schließlich mit der Doppelmonarchie. In Spanien hat der Terror der baskischen ETA ein solches Konfliktfeld konserviert, auch Frankreich wurde in Korsika mit separatistischer Gewalt konfrontiert. Selbst in Kanada versuchte ein Flügel der Unabhängigkeitsbewegung Quebecs (die FLQ) Ende der 1960er Jahre mit terroristischen Mitteln die Ablösung der Provinz zu forcieren. Viele andere Regionen der Welt zeigen ein ähnliches Bild.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs trat politische Gewalt, auch in Form von Attentaten, besonders gehäuft auf.¹⁰ Hier verschränkten sich mehrere Konfliktformationen: Während sozialistisch-kommunistische Kräfte den Durchbruch im Klassenkampf suchten, richteten sich reaktionäre Gewaltstrategien darüber

hinaus gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und vor allem gegen Demokratie und Republik insgesamt. Hinzu kam der Nationalismus in besiegten oder zusammengebrochenen Staaten wie Deutschland, Italien, Japan oder auch dem Osmanischen Reich, sowie Machtkämpfe innerhalb von neuerdings selbständigen Staaten. Seitdem dominierte keine Grundkonstellation, in der politische Gewalt und Attentate auf Befreiung von staatlicher Unterdrückungsherrschaft gerichtet waren. Vielmehr wurden nun völlig gegensätzliche Motiv- und Zielstrukturen virulent. Die Zeit der Diktaturen war allerdings in Europa und in anderen Kontinenten noch nicht vorbei, und aus dem Zweiten Weltkrieg sollte erneut eine veränderte Weltordnung hervorgehen.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich durch Internationalisierung sehr komplexe Konfliktstrukturen herausgebildet. Der Ost-West-Systemkonflikt überlagerte viele Problemzonen mit staatlich-imperialen Strukturen der Supermächte, die zugleich massiv geheimdienstlich operierten. Der Prozess der Entkolonialisierung in Afrika und Asien setzte in großem Umfang Untergrundgewalt und Krieg, aber auch polarisierte Kräfte in instabilen Regimen frei. Lateinamerika erlebte viele Spielarten der Diktatur, häufige Regimewechsel und ein großes Ausmaß politischer Gewalt. Seit den 1960er Jahren reklamierten Protestbewegungen in den westlichen Industrieländern die Probleme und Strategien der Dritten Welt als Referenz für ihre eigenen Aktionskonzepte einer «Guerilla in den Metropolen» und international vernetzte Terrorgruppen, zu denen auch die RAF, die roten Brigaden Italiens oder «Carlos» gehörten. Der Israel/Palästina-Konflikt wurde, etwa beim Palästinenser-Anschlag auf die olympischen Spiele in München 1972, extern ausgetragen, Isaac Rabin wurde im eigenen Land ermordet (1995). Die Instabilität eines Teils der Staatenwelt seit den 1990er Jahren mit «neuen Kriegen» und Staatszerfall treibt politische Gewalt in den verschiedensten Formen in die Höhe. In diesen Gemengelagen lassen sich Attentate überwiegend nur als integrale Formen breiterer Gewaltprozesse verstehen.

Die Polarisierung der Ziele politischer Gewalt, die nach 1918 augenfällig wurde, scheint sich im Rahmen der neueren Wellen der Demokratisierung als Gegenreaktion zu wiederholen.¹¹ Nicht mehr stehen primär despotische Herrscher im Visier von Attentätern, sondern mindestens ebenso häufig Symbolfiguren reformorientierter Gruppierungen und sozialer Emanzipationsbewegungen. Dies gilt bereits für Gandhi (allerdings im Religionskonflikt), ebenso für den US-Bürgerrechtler Martin Luther King (1968), Patrice Lumumba im Kongo (1961) und andere postkoloniale Opfer. Die Neuordnungsprozesse seit dem Ende des Ost-West-Konflikts kosteten beispielsweise Zoran Djindjic in Serbien das Leben (2003). Im Rahmen autoritärer Regimes sind vor allem kritische Publizisten einem hohen Risiko ausgesetzt, wie die Morde an Anna Politkowskaja in Russland (2006) oder Hrant Dink (2007) in der Türkei zeigen; ähnliches gilt für oppositionelle Symbolfiguren wie Benazir Bhutto in Pakistan (2007). Insgesamt werden die Strukturen von Tätern und Opfern unübersichtlicher. Konspirativ organisierte Machtgruppen, transnationale Interessensegmente, aber auch staatliche Machtapparate agieren zunehmend mit verdeckten Attentaten und signalisieren damit eine Tendenz labiler Staatlichkeit. Die Opfer werden ebenfalls anonym, seit der diffuse Terror von Bombenanschlägen die vorherrschende Form von Attentaten gegen Unbeteiligte wurde. Der Selbstmordattentäter wird zum grausigen Symbol der Gewalt in internationalisierten Konflikten.

Anmerkungen

- 1 *Das Attentat in der Geschichte*, hg. v. Alexander Demandt, Köln 2003.
- 2 Umfassend die Studien von Franklin L. Ford, *Der politische Mord. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Reinbek b. Hamburg 1992 (urspr. Titel: *Political Murder. From Tyrannicide to Terrorism*, London 1985).
- 3 Charles Tilly, *The politics of collective violence*, Cambridge 2003; *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. Wolfgang J. Mommsen u. Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982.
- 4 Einen breiten Zugang bietet Walter Laquer, *Terrorismus*, Frankfurt am Main 1982 (zunächst London 1977; dt. Kronberg 1977) und: Rudolph Walther, «Terror, Terrorismus», in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache, in Deutschland*, hg. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 323–444.
- 5 Der zweite Typus berührt sich stark mit Max Webers legaler Herrschaft, während sein Typus traditionale Herrschaft mehr meint als Hierarchie; charismatische Herrschaft bleibt hier ausgespart.
- 6 Hella Mandt, «Tyrannis. Despotie», in: Brunner/Conze/Koselleck 1990 (wie Anm. 4), S. 651–706; dies., *Tyrannislehre und Widerstandsrecht. Studien zur deutschen politischen Theorie des 19. Jahrhunderts*, Neuwied 1974.
- 7 Zu den Attentaten auf russische Zaren vgl. Hans-Joachim Torke, *Die Narodniki und Zar Alexander II (1881). Ein Vorspiel zur Revolution*, in: Demandt 2003 (wie Anm. 1), S. 251–265.
- 8 Über zahlreiche weitere Attentatversuche gegen US-Präsidenten vgl. Ford 1992 (wie Anm. 2), S. 492–515.
- 9 Mit differenzierender Typologie Mommsen/Hirschfeld 1982 (wie Anm. 3).
- 10 Eindrucksvolle Übersichten und Zahlen bei Ford 1992 (wie Anm. 2), bes. S. 372–374; ders., «Reflexionen über den politischen Mord. Europa im 19. und 20. Jahrhundert», in: Mommsen/Hirschfeld 1982 (wie Anm. 3), S. 11–23.
- 11 Für die 1970er Jahre wird von einer dritten Welle der Demokratisierung gesprochen, als vierte Welle gelten die Entwicklungen seit 1990 in den ehemaligen Ostblockstaaten; vgl. hierzu: *Democratization. The state of the art*, hg. v. Dirk Berg-Schlosser, Opladen/Farmington Hills, 2007.